

EBERBACHER ZEITUNG



STADT- UND LANDBOTE

Jahrgang 132 / Nr. 158

Donnerstag, 11. Juli 2024 · 2,40 Euro

Heute im Lokalen



125 Jahre RGE

Rudergesellschaft Eberbach bedeuten die drei Buchstaben RGE des eingetragenen Vereins, dessen 125jähriges Jubiläum in der Stadthalle gefeiert worden ist. Erinnerungen, Urkunden, Reden und mindestens eine riesige Überraschung werden als jüngstes Highlight im Gedächtnis bleiben.

107 junge Handwerker

In ihrem Beruf kennen sich die 107 Absolventinnen und Absolventen der Theodor Frey Schule Eberbach jetzt gut aus. Ihr Schulleiter Rüdiger Jörder ermutigte sie, über ihr Fachwissen hinaus die politische Bildung nicht zu vernachlässigen. Sie sei der Schlüssel, um verantwortungsbewusst Entscheidungen zu treffen und die Gesellschaft mitzugestalten.

Kapp'sches Kabarett

Der Kabarettist und Musiker Markus Kapp lässt sein Publikum im Depot 15/7 mit Sarkasmus und Satire in den Wogen des Kapp'schen Meeres schippern. Mit seinen selbst geschriebenen Liedern stellt er die wirklich wichtigen Fragen des Lebens und bleibt dabei fernab von Einfalt und Klamauk.

Oldtimer im Odenwald

1200 Teams mit historischen Automobilern der 1920er bis 1970er Jahre werden am Freitag durch den Kleinen Odenwald und den Kraichgau fahren, dabei auch durch Schönbrunn. Da sie bei der Oldtimer-Rallye ADAC Heidelberg Historic Prüfungen absolvieren, bleiben ihre Räder immer in Bewegung.

Wehrbrücke wird wieder

Nach wochenlangem Stillstand soll laut dem Mobilitätsdienstleister des Landes Hessen ab morgen an der Wehrbrücke in Hirschhorn die Sanierung fortgesetzt werden.

Das Wetter

im Südwesten



27|16
Heute



25|14
Morgen



20|10
Übermorgen

So erreichen Sie uns:

Anzeigenannahme und

Vertriebsservice:

Tel.: 0 62 71 / 92 55-74 00

Fax: 0 62 71 / 92 55-967 00

anzeigen@eberbacher-zeitung.de

leserservice@eberbacher-zeitung.de

Redaktion:

Tel.: 0 62 71 / 92 55-67 00

Fax: 0 62 71 / 92 55-967 00

redaktion@eberbacher-zeitung.de

Neuer Markt 8

69412 Eberbach



4 195292 702407



Erfolgreicher Start nach vier Jahren Wartezeit: Europas neue Trägerrakete Ariane 6 ist erstmals ins All gestartet. Die Rakete soll künftig für kom-

merzielle und öffentliche Auftraggeber Satelliten ins All befördern. „Europa ist zurück“, sagte Josef Aschbacher in Kourou (Französisch-Guayana). Die

Durststrecke ohne eigenen Zugang zum All sei beendet. Blick in die Welt Foto: S. Corvaja/ESA/dpa

Kommentar
Roland Müller
zum aktuellen
„BaWü-Check“



Schulen unter Stress

Was nutzt das beste pädagogische Konzept, wenn der Unterricht ausfällt? Was bringt der tollste Unterricht, wenn die Schüler kein Deutsch verstehen? Es sind diese Fragen, die die Menschen beim Thema Schule umtreiben, das zeigt der neueste „BaWü-Check“.

Die nächste Reform-Idee, die theoretisch gerechteste Schulstruktur: Mit Feuereifer haben Bildungspolitiker sich über Jahrzehnte in ideologische Fragen verannt – während an Schulen zunehmend die Basics wegbrachen und sich neue Herausforderungen ballten. Lehrermangel, fehlende Ausstattung, Digitalisierung, Integration und, ja, auch Gewalt sind heute die Probleme und setzen das System unter Stress. Gesellschaftliche Konflikte wie Corona, Krieg, Flucht und Extremismus kommen ungebreit in Klassenzimmern und Schulhöfen an.

Das hat auch die grün-schwarze Regierung erkannt und – spät genug – mit dem Aus fürs Turbo-Abi, dem Fokus auf Sprachwerk und Frühförderung richtige Weichen gestellt. Nun kommt es darauf an, genug Geld, Personal, Ausstattung und Weiterbildungen bereitzustellen, damit es nicht in der allgemeinen Mangelverwaltung versandet.

Baerbock verzichtet

Grüne Außenministerin will nicht Kandidatin für Kanzlerposten werden.

Berlin/Washington. Annalena Baerbock will sich voll auf ihre Amt als Außenministerin konzentrieren und strebt keine erneute Grünen-Kanzlerkandidatur an. Statt darin gebunden zu sein, wolle sie angesichts der internationalen Krisen ihre Kraft voll auf ihre aktuellen Aufgaben widmen, erklärte sie in einem Interview des US-Fernsehsenders CNN am Rande des Nato-Gipfels in Washington. Hätte Baerbock auf der Kandidatur bestanden, wäre ein Machtkampf mit Vize-Kanzler Habeck (Grüne) kaum vermeidbar gewesen. dpa

Schlechtes Zeugnis für grün-schwarze Bildungspolitik

BaWü-Check Eine Mehrheit in Baden-Württemberg sieht die Arbeit der Landesregierung kritisch. Die geplante Rückkehr zu G9 genießt aber großen Rückhalt. Von Roland Müller

Die Bürger in Baden-Württemberg stellen der grün-schwarzen Landesregierung auf einem zentralen Politikfeld ein schlechtes Zeugnis aus: Nur eine Minderheit von 28 Prozent der Bevölkerung bewertet ihre Bildungspolitik als „gut“ oder „sehr gut“. Mehr als jeder Zweite (51 Prozent) hingegen hält sie hingegen für „weniger gut“ oder „gar nicht gut“. Das ist das Ergebnis des aktuellen BaWü-Checks, der repräsentativen



Umfrage im Auftrag der baden-württembergischen Zeitungsverlage. Immerhin: Von den Eltern schulpflichtiger Kinder bekommt die Landesregierung bessere Noten: Hier steigt die Zustimmung auf 37 Prozent. Trotz dieses kritischen Gesamturteils genießen zwei zentrale Vorhaben der grün-schwarzen Landesregierung großen Rückhalt: Die bereits beschlossene Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium (G9) halten über-

wältigende 70 Prozent der Menschen in Baden-Württemberg für „sinnvoll“. Auch die geplante Wiedereinführung der verbindlichen Grundscholempfehlung hat laut der Umfrage eine satte Mehrheit in Baden-Württemberg: 62 Prozent der Bevölkerung finden es richtig, dass die Grundschulen entscheiden, auf welche weiterführende Schule ein Kind gehen sollte, und nicht allein die Eltern. Sogar bei den Grundschul-Eltern, die es selbst betrifft, hat das Vorhaben eine Mehrheit von 58 Prozent, nur 30 Prozent sind hier

der Meinung, das sollten die Eltern entscheiden.

Als größte Probleme und Baustellen an den Schulen im Land benennen die Befragten den gravierenden Lehrermangel (62 Prozent), die Zunahme von Gewalt (55 Prozent) sowie mangelnde Deutschkenntnisse vieler Schüler (48 Prozent). Auch die mangelnde digitale Ausstattung sowie fehlende Digital- und Medien-Kompetenzen der Lehrkräfte bereiten vielen Menschen Bauchschmerzen.

Kommentar
Südwestumschau

USA stationieren Marschflugkörper

Nato-Gipfel Stärkere Abschreckung: Weitreichende Waffen kommen nach Deutschland.

Washington. Die USA verstärken die militärische Abschreckung zum Schutz der Nato-Partner in Europa. Dazu sollen in Deutschland von 2026 an zeitweise Marschflugkörper vom Typ Tomahawk und andere weitreichende Waffen stationiert werden, hieß es in einem gemeinsamen Statement der USA und Deutschlands, das am Rande des Nato-Gipfels in Wa-

shington veröffentlicht wurde. Genannt wurden auch Flugabwehrraketen vom Typ SM-6 und neu entwickelte Überschallwaffen, „die eine deutlich weitere Reichweite haben als gegenwärtige landgestützte Systeme in Europa“.

Die Nato-Staaten machen zudem Tempo bei der Ausrüstung der Ukraine mit westlichen Kampfflugzeugen: Der Transfer

von F-16-Jets sei bereits im Gange, kündigten die USA, die Niederlande und Dänemark am Dienstag in einer gemeinsamen Erklärung am Rande des Nato-Gipfels in Washington an. Damit könnten die Maschinen noch diesem Sommer zur Abwehr des russischen Angriffskrieges zum Einsatz kommen.

Das Bündnis sichert der Ukraine zudem zu, dass sie auf

ihrem Weg in das Verteidigungsbündnis nicht mehr aufgehalten werden kann. Im Text für die Abschlusserklärung wird der Pfad zur Mitgliedschaft als „irreversibel“ bezeichnet. Es wird betont, dass eine formelle Einladung erst ausgesprochen werden kann, wenn alle Alliierten zustimmen und alle Bedingungen erfüllt sind. dpa/afp Themen des Tages Seite 2

Im Sommerloch

Es sind diese wunderbaren Wochen nach dem endlosen Abenden (und die Europameisterschaft), die das Jetzt so besonders machen. Sommer! Ein einziges Märchen, auch wenn es wirklich viel regnet und windet. Der Sommer entfaltet seine Kraft natürlich auch im politischen Berlin. Die Sommerpause des Parlaments hat begonnen, die Politiker sind in ihren Wahlkreisen, quasi im Homeoffice. Erst am 9. September, im Spätsommer, treffen sich die Abgeordneten wieder zur nächsten Sitzung in der Hauptstadt.

Weil in dieser Zeit nur wenig regiert wird, gibt es weniger zu berichten, weshalb die in Berlin zurückgelassenen Journalisten vom Sommerloch sprechen. Damit dieses Sommerloch nicht ganz so tief bemessen ist, sind seit ein paar Jahren vermehrt Sommerreisen statt. Das sind ein paar Tage, in denen Politiker durch das Land fahren und Journalisten auf ihre Exkursionen mitnehmen. In diesem Jahr geht es vor allem in den Osten, weil in Sachsen, Brandenburg und

Thüringen ja bald gewählt wird und die Reise deshalb vielleicht nicht schadet.

Es passiert selten Aufregendes während dieser Touren, weshalb die begleitenden Journalisten vom Sommerloch sprechen. Früher war bekanntlich alles besser. 2000 besuchte der damalige Kanzler Gerhard Schröder auf seiner Sommerreise Thüringen und sagte: „Hömma, hol mir mal ne Flasche Bier, sonst streik ich hier“. Daraus wurde ein Sommerhit. Guido Bohsem

EU-Parlament AfD gründet neue Fraktion

Brüssel. Brüssel. Die AfD hat gemeinsam mit sieben weiteren Parteien aus sieben weiteren EU-Ländern eine neue Fraktion im Europaparlament gegründet. Vorsitzender der Gruppe mit dem Namen Europa der Souveränen Nationen (ENS) ist der neu gewählte AfD-Europaabgeordnete René Aust. Die AfD gehört auf EU-Ebene damit wieder einer Fraktion an, nachdem Frankreichs Rechtspopulisten die Zusammenarbeit aufkündigt hatten. afp

Lieferketten Kritik an Plänen für Entlastung

Berlin. Die mögliche Abschwächung des deutschen Lieferkettengesetzes stößt bei Hilfs- und Umweltschutzorganisationen auf Kritik. Ein solcher Schritt wäre laut einem von Germanwatch und Oxfam veröffentlichten Rechtsgutachten nicht mit EU-Recht vereinbar. Die Bundesregierung hatte bei der Vorstellung der Eckpunkte des Bundeshaushalts angekündigt, Unternehmen durch das Wegfallen von Berichtspflichten durch das Lieferkettengesetz zu entlasten. epd